

Thüringer Zulieferer spüren Wandel in der Autobranche schmerzhaft

14.08.2024, Bernd Jentsch – Thüringer Allgemeine

Eisenach. Thüringer Autozulieferer sehen sich durch Fachkräftemangel, Energiepreise und steigende Kosten für Material und Personal belastet.

„Im Moment brennt es an vielen Stellen“, räumte der Vorsitzende des Verbandes Automotive Thüringen, Mathias Hasecke, zum Auftakt eines Streitgespräches zur Zukunft der Automobilindustrie in Thüringen mit 64.000 Arbeitsplätzen am Mittwoch in Eisenach ein. Es gebe nahezu täglich neue Hiobsbotschaften von Zulieferbetrieben im Land.

So hat jetzt auch der Südthüringer Automobilzulieferer AE Group mit Sitz in Gerstungen im Wartburgkreis und 1000 Mitarbeitern laut dpa beim Amtsgericht Meiningen einen Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens in Eigenverwaltung gestellt.

Momentan finde eine Deindustrialisierung in der Region Westthüringen statt, zeigte sich Klaus Dörre von der Friedrich-Schiller-Universität Jena überzeugt. Das sei bereits seit einigen Jahren absehbar gewesen, weil im Zuge der Klimakrise ein Umbau des Verkehrssektors unausweichlich ist.

Allerdings wirke sich das Aus für den Verbrenner radikal auf dem Arbeitsmarkt aus. 2023 habe es einen Einbruch bei der Zulassung von Elektroautos gegeben. „Viele dieser Autos sind Ladenhüter und die Zulieferer, die sich auf den neuen Antrieb umgestellt haben, kommen unter Druck“, so Dörre.

Deutsche Hersteller seien derzeit nicht in der Lage, Elektroautos für 25.000 Euro zu produzieren und zu verkaufen, die kämen aus China. Einheimische Hersteller hätten lange den Massenmarkt ignoriert und ihren Umsatz mit hochpreisigen Autos gemacht.

In anderen Ländern gebe es eine geplante Industriepolitik, die er in Deutschland und Europa derzeit nicht sehe. So sei in großen Märkten wie China und den USA längst entschieden, dass sich die E-Autos durchsetzen. Die USA gäben Milliardensummen für den umweltverträglichen Umbau der Industrie aus.

Abschaffung der Förderprämie als Fehler bewertet

Dagegen sei es „ein Fehler gewesen, in Deutschland die Umweltprämie zu streichen“, so Dörre. Wenn die sozial-ökologische Transformation gelinge solle, müsse man die Beschäftigten in den Zulieferbetrieben aktiv mitnehmen und deren Skepsis überwinden, forderte der Wissenschaftler.

Natürlich gebe es globalpolitische Verwerfungen und die Abschottung regionaler Märkte, zeigte sich der Vorstandschef des Thüringer Zulieferers Nidec GPM in Merbelsrod, Holger Ehrhardt, überzeugt. „Seit Januar hat Thüringen in der Automobilindustrie 2000 Arbeitsplätze verloren“, sagte Ehrhardt. Allein in Südthüringen wären mehrere Werke geschlossen und Beschäftigte entlassen worden.

Unternehmer warnt vor Industrieabbau zum Klimaschutz

Ehrhardt warnte vor dem radikalen Umbau der deutschen Wirtschaft mit dramatischen Folgen für Beschäftigung. „Die Schwerpunkte in der Klimapolitik müssen kritisch hinterfragt werden“, forderte der Unternehmer. Im Ausland schüttele man den Kopf über Deutschland, dass zum Klimaschutz seine Industrie opfere.

Digitalisierung und Künstliche Intelligenz werden die Wirtschaft noch einmal auf den Kopf stellen, erklärte Thüringens Innenminister Georg Maier (SPD). „Wir müssen Innovationen fördern“, forderte Maier den Erhalt der Industrie im Freistaat.

Der deutsche Sonderweg bei der Energiewende werde weltweit kritisch gesehen, räumte Martin Henkel von der CDU-Landtagsfraktion ein. Die plädiere für Technologieoffenheit und vertraue der Wirtschaft, so Henkel.

Die Automobilindustrie sei mit ihrem Know how bei der angestrebten Verkehrswende unverzichtbar, erklärte Linke-Landeschef Christian Schaft. Man wolle die Beschäftigten und die Firmen beim Wandel unterstützen.